
FORUM: Dienstleistungsgewerkschaft

Eva-Maria Stange:

Die Neustrukturierung der Gewerkschaften aus der Sicht der GEW

Dr. Eva-Maria Stange, geb. 1957 in Mainz, ist seit 1997 Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

1949 war die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine der Gründungsgewerkschaften des DGB. Dies geschah insbesondere aus dem Anspruch heraus, eine Bildungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und sich damit auch eindeutig in Abgrenzung zu den Beamtenverbänden im Lehrerbereich zu positionieren, die noch heute in traditioneller Konkurrenz zur GEW stehen. Insbesondere seit 1990 hat sich die GEW innerorganisatorisch stark verändert. Aus der hauptsächlich verbeamtete Lehrkräfte organisierenden GEW wurde eine Bildungsgewerkschaft, die im Osten fast ausschließlich Angestellte in allen Bildungsbereichen vertritt. Bundesweit organisiert die GEW heute 50 Prozent Beamte und 50 Prozent Angestellte. Stellen in den westlichen Bundesländern nach

wie vor die Lehrkräfte den überwiegenden Mitgliederanteil, sind es im Osten gleichermaßen (ca. 30 Prozent) Beschäftigte in Kindertagesstätten, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Damit wuchsen auch die Anforderungen an die GEW hinsichtlich der eigenständigen Tarifarbeit. Ende 1996 beschloß der Hauptvorstand der GEW, die Eigenständigkeit als Bildungsgewerkschaft im DGB auch in Zukunft beizubehalten. Dieser Beschluß war nicht nur eine Reaktion auf die bereits laufenden oder beabsichtigten Fusionen der Gewerkschaften im DGB, sondern auch ein Signal hinsichtlich der stärkeren Profilierung als Gewerkschaft für alle Beschäftigten im Bildungsbereich - von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung.

Doch der gesellschaftliche Strukturwandel macht auch vor dem Bildungs-, Erziehungs- und Weiterbildungsbereich nicht halt. Die abgrenzbare Eigenständigkeit des Bildungssektors¹ wird zunächst in Bereichen wie Jugendhilfe und Sozialarbeit, berufliche Bildung, Weiterbildung und Hochschulen, aber zunehmend auch im traditionellen Bereich Schule immer unschärfer. So kommt es schon seit längerem - spätestens seit dem Aufbau der GEW in den östlichen Bundesländern spürbar - zur gemeinsamen und konkurrierenden Mitgliederarbeit der Gewerkschaften des DGB im Bildungssektor. Hinzu tritt der relativ geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad in diesem expandierenden und an Bedeutung gewinnenden Gesellschaftsbereich. Neben dem weitgehend stabilen schulischen Bereich haben in den letzten Jahren der vorschulische Bildungsbereich, die Jugend- und Sozialarbeit auf der Grundlage des neu gestalteten Kinder- und Jugendhilfegesetzes an Bedeutung gewonnen. Lebenslanges Lernen und der zunehmende Anspruch auf einen höheren Bildungsabschluß führten und führen zum notwendigen Ausbau der Hochschulen und der Weiterbildungseinrichtungen. Im Sektor der Weiterbildung wird heute schon mehr Geld investiert als im gesamten übrigen Bildungsbereich. Die Rasanz innovativer Entwicklung ist nur erfolgreich mitzugestalten, wenn Wissenschaft und Forschung die notwendigen finanziellen und personellen Spielräume in den kommenden Jahren erhalten. Eine starke gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Bildungssektor, verbunden mit einer Bildungs- und Forschungspolitik, die den gewerkschaftlichen Interessen entspricht, ist dringender denn je.

Die verfehlte Steuerpolitik der Bundesregierung hat die öffentlichen Haushalte in die Lage gebracht, auch im Bildungssektor erhebliche Kürzungen vorzunehmen und damit zu Verschlechterungen der Bildungsbedingungen geführt. Der aktuelle Ruf der Arbeitgeber nach Marktverwertbarkeit des Wissens und die Abwälzung der Bildungskosten auf den einzelnen sind eine Bedrohung für ein Bildungssystem, das dem Anspruch der Verteilung gleicher Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen gerecht werden soll. Die Beschäftigten im Bildungssektor, insbesondere die, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, sehen diese Gefahr für das Bildungswesen von der Kita bis zur Weiterbildung sehr deutlich und versuchen seit längerem,

1 Der Begriff Bildungssektor umfaßt im folgenden die Bereiche Bildung, Erziehung und Wissenschaft.

ihr entschieden entgegenzuwirken. Diese Kräfte müssen jedoch stärker gebündelt werden, denn es geht nicht allein um die Verteidigung der Arbeitsbedingungen, sondern um die Durchsetzung des Prinzips der Chancengleichheit unabhängig von der sozialen, religiösen oder ethnischen Herkunft von Kindern und Jugendlichen.

Das Ziel der Schaffung einer gewerkschaftlichen Struktur, die eine wirksame, attraktive und nach innen und außen profilierte gewerkschaftliche Vertretung des Bildungsbereichs ist, hat den Hauptvorstand der GEW im September 1997 veranlaßt, die Entscheidung zur Teilnahme an der Diskussion zur Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich zu treffen. Die Neustrukturierung der Gewerkschaften hat für die GEW Folgen, ob sie sich beteiligt oder nicht. Eine Nichtbeteiligung der GEW würde zwangsläufig zur Spaltung des Bildungssektors führen. Ob die GEW auf dem Weg der Neustrukturierung gemeinsam mit den anderen beteiligten Gewerkschaften dem oben beschriebenen Ziel näher kommt, ist sowohl von der Akzeptanz des Annäherungsprozesses in der Mitgliedschaft wie auch vom organisatorisch-strukturellen und politischen Ziel einer neuen Gewerkschaftsformation abhängig.

Der Diskussionsprozeß innerhalb der GEW wurde im Oktober 1997 eingeleitet, hat aber zunächst nur wenige Mitglieder und hauptsächlich die zahlreichen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre erreicht. Vielfach wird insbesondere die Sorge um den Verlust der eigenen Identität, der Möglichkeit, selbständig bildungspolitische und berufsspezifische Interessen der Beschäftigten im Bildungswesen öffentlich darstellen zu können, zum Ausdruck gebracht. Damit eng verbunden ist, insbesondere im Schul- und Hochschulbereich, die autonome und weitgehend unabhängige Interessenwahrnehmung der Landesverbände gegenüber den Landesregierungen. Der Kulturföderalismus der Bundesrepublik findet damit in den Strukturen der GEW seine Entsprechung. Doch auch die Stimmen, die eine Aufhebung der unproduktiven Konkurrenz der Gewerkschaften des DGB in den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Weiterbildung, Hochschule und Forschung zugunsten einer stärkeren gemeinsamen Durchsetzungsfähigkeit verlangen, werden immer hörbarer. Letztendlich ist die Entscheidung, ob sich die GEW am Prozeß der Neustrukturierung aktiv beteiligt, nicht allein aus der aktuellen Situation zu treffen, sondern an dem Ziel der Zusammenführung aller gewerkschaftlichen Kräfte im Bildungssektor und damit verbunden mit der gemeinsamen Gestaltung einer Bildungspolitik im gewerkschaftlichen Sinne und der tarifvertraglichen Absicherung der Arbeitsbedingungen der im Bildungswesen Beschäftigten zu messen. Das ist auch eine Chance zur Verhinderung weiterer Verschlechterungen der beamtenrechtlich geregelten Bedingungen für eine Vielzahl von Beschäftigten in Schulen und Hochschulen.

Eine Aufhebung der gewerkschaftsinternen Konkurrenz zugunsten einer gemeinsamen Mitgliedschaft in einer anonymen Mammutorganisation

kommt für die GEW aus vielerlei Gründen nicht in Frage. Eine neue gemeinsame gewerkschaftliche Organisation könnte nur dann eine Akzeptanz finden, wenn sie verbunden ist mit der Schaffung eines eigenständig politisch handlungsfähigen dezentralen Bereichs (z.B. Fachgewerkschaft) der Beschäftigten in Bildung, Erziehung und Wissenschaft. Dabei kann es sich nicht um völlig autonome neue Gewerkschaften unter einem gemeinsamen Dach handeln, sondern um Gliederungen der neuen Gewerkschaft mit definierter Eigenständigkeit und einer branchen- bzw. fachbezogenen Aufgabenbeschreibung und den dafür erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen. Eine solche Konstruktion erfordert eine Machtbalance zwischen der Gesamtorganisation und ihren autonomen Teilen. Die GEW hält das nicht nur aus Eigeninteresse - Erhalt der Selbständigkeit - für erforderlich, sie ist darüber hinaus davon überzeugt, daß ein solches Modell eine notwendige Grundlage für die Attraktivität, die Handlungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit der neuen Gewerkschaft und ihrer Organisationsteile ist. Ehrenamtlichkeit, die in der GEW eine entscheidende und organisationstragende Bedeutung hat, kann nur gestärkt werden, wenn selbständiges Handeln in dezentralen Strukturen ermöglicht und gefördert wird.

Die Neustrukturierung der Gewerkschaften darf nicht vom Grünen Tisch aus erfolgen. Der Prozeß muß als Lernprozeß der gesamten Organisation, der gegenseitigen Annäherung auf allen Ebenen gestaltet werden, wenn nicht durch Brüche Mitglieder- und Funktionärsverluste auftreten sollen. Der Hauptvorstand der GEW wird Ende Mai 1998 nach einer Mitgliederdiskussion über die Annahme der „Politischen Plattform“ entscheiden.